



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Revisionsausschusses
am 11. März 2009

Kämmerei, Raum 145, Hasengartenstraße 21, 65189 Wiesbaden

Vorsitz :

Torsten Tollebeek (CDU)

Anwesende Ausschussmitglieder:
Ferner anwesend:
Tagesordnung:
Veröffentlichung:

siehe Anlage 1
siehe Anlage 2
siehe Anlage 3
siehe Anlage 4

Beginn (öffentlicher Teil): 17:00 Uhr
Beginn (nicht öffentlicher Teil): 19:45 Uhr

Ende: 19:45 Uhr
Ende: 20:10 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten DL Nrn. 07/09, 08/09

(Drucksachenband 135)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Herr Hofmann, Wirt aus Frauenstein, in der Bürgerfragestunde Fragen zu der Vergabep Praxis von Baugenehmigungen in Frauenstein, die unter Punkt 4 der heutigen Sitzung thematisiert und beraten wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

0037 Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Einstimmig

Zu den nachfolgend aufgeführten Punkten (Beschlüsse Nr. 0038 bis 0049) findet keine Beratung, sondern lediglich die Abstimmung der Punkte statt:

0038 07-A-19-0017

Übersicht über Gutachten und Beratungsleistungen

Einstimmig

0039 09-V-14-0001

Prüfung der Jahresrechnung 2006

Einstimmig

0040 09-A-19-0003

Prüfgruppe zur Prüfung der Jahresrechnung 2006

Einstimmig

0041 09-V-20-0006

Übertragung von Budget vom Ergebnishaushalt in den Investitionshaushalt

Einstimmig

0042 09-V-20-0011

Bericht über die Eigenbetriebe und Mehrheitsbeteiligungen der Landeshauptstadt
Wiesbaden 2007

Einstimmig

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 11. März 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0043 09-V-20-0019

Verwaltungskostenbeitrag AKK (Rechnungsjahr 2008)

Einstimmig

0044 09-V-80-6001

Dienstanweisung für die Vergabe von Lieferungen und Leistungen (DLV); Anhebung der Schwellenwerte für Vergaben im Rahmen der Sonderinvestitionsprogramme

Einstimmig

0045 08-V-66-0255

Brunhildenstraße - Ergänzung der Tempo-30-Zone

Einstimmig

0046 08-V-64-0006

Montage einer Photovoltaik-Anlage auf dem Dach der Turnhalle der Krautgartenschule

Einstimmig

0047 08-V-40-0044

Grundschule Künstlerviertel und Kindertagesstätte; Grundsatz- und Ausführungsvorlage

Einstimmig

0048 08-V-40-0050

Gerhart-Hauptmann-Schule - Entwicklung Außenanlagen

Einstimmig

0049 08-V-20-0072

Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 3. Quartal 2008

Einstimmig

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 11. März 2009

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0050 **09-A-19-0002**

Wahl des/der stellv. Vorsitzenden

Zur neuen stellv. Vorsitzenden wird Stv. Gaedeke gewählt.

Einstimmig

0051 **Genehmigung der Niederschrift**

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 28.01.2009 wird genehmigt.

Einstimmig

0052 **09-F-07-0008**

Vergaberichtlinien für Theaterfreikarten-
- Antrag der Bürgerliste Wiesbaden vom 03.03.2009 -

Stv. Reiß begründet den Antrag. Ein ähnlich lautender Antrag hat den Ausschuss bereits vor ca. 3 Jahren beschäftigt.

Das Hauptamt, das seinerzeit über die Vergabep Praxis im Ausschuss berichtet hatte, wird gebeten, dem Ausschuss die damaligen Übersichten zur Verfügung zu stellen.

Das Kulturamt wird gebeten, zukünftig bei der Abrechnung der Maifestspiele eine Spalte in der Übersicht aufzunehmen, aus der die vergebenen Freikarten ersichtlich sind.

Einstimmig

0053 **08-A-19-0007**

Anmeldung einer Straußwirtschaft

Frau Schupp und Herr Eltgen sind zu diesem Punkt anwesend.

Vors. Tollebeek berichtet, dass die HGO enge Grenzen für die Berichterstattung in Bezug auf Daten setzt. Der Revisionsausschuss duldet keine Verletzung der Rechtsvorschriften. In der öffentlichen Sitzung des Ausschusses wird nur über Dinge berichtet werden, die zweifelsfrei nicht unter den Datenschutz fallen, alles andere müsse in nicht-öffentlicher Sitzung diskutiert werden.

Frau Schupp stellt einen Bezug zur letzten Ausschusssitzung her. Zwischenzeitlich hätten die Prüfer des Revisionsamtes aufgrund des Beschlusses des Revisionsausschusses die Bauakte noch intensiver geprüft.

Es haben außerdem Gespräche mit dem Bauantragsteller, der vom Bauantragsteller beauftragten Architektin und Anwalt, den beteiligten städtischen Mitarbeiter/innen und Herrn Lupp stattgefunden.

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Auf der sachlichen Genehmigungsebene sei festzustellen, dass im letzten Jahr für den Antrag auf Außenbewirtschaftung und Parkplatzgestaltung umfangreiche Abstimmungsgespräche zwischen dem Stadtplanungs-, dem Umwelt-, dem Bauaufsichts- und dem Tiefbauamt stattgefunden haben. Das Bauvorhaben wurde mit gewissen Auflagen (Stellplätze ausreichend) zur Genehmigung vorgesehen. Nach der Stellplatzsatzung waren genügend Stellplätze vorhanden. Der Bauantrag wurde jedoch von Seiten der Antragsteller zurückgezogen, eine Außenbewirtschaftung sollte nicht durchgesetzt werden.

Ein weiterer Punkt war die Umgestaltung der Toilettenanlage. Hierfür war ein Brandschutzkonzept beizubringen.

Streitfall war vor allem die Einstufung der Gaststätte als Versammlungsstätte, wozu es aber klare Festlegungen (mehr als 200 Personen) gibt. Die Vorgaben umfassen sowohl die Breite der Fluchtwege (1,20 m), als auch Sicherungsleuchten usw.

Die Antragsteller haben zwar im Laufe des Verfahrens mitgeteilt, dass sie so viele Personen gar nicht in der Gaststätte bewirten möchten. Bei der Größe der zur Verfügung stehenden Fläche mussten aber Personenzahlen angenommen werden, da die Antragsteller von sich aus dazu keine Angaben gemacht hatten (z.B. Bestuhlungsplan), d.h., es gab gar keine andere Möglichkeit, als die Gaststätte von ihrer Größe her als Versammlungsstätte einzustufen.

Eingeräumt werden kann, dass es in der Kommunikation Missverständnisse gegeben haben könnte. Misslich war sicher auch, dass dem Bescheid nur ein Teil der Auflagen beigefügt war. Grundsätzlich ändert es aber nichts an der gefällten Entscheidung.

Es konnte auch keinerlei Einflussnahme, kein Fehlverhalten von Mitarbeiter/innen o. ä. festgestellt werden. Wenn überhaupt können zeitliche Verzögerungen beim Mailverkehr eingeräumt werden.

Herr Eltgen gibt an, dass er nicht in die Rechtfertigungsrolle geraten möchte. Er weist darauf hin, dass es bei den hier angewandten rechtlichen Vorschriften nicht um „selbst gemachte“ Vorschriften handelt, sondern Landesrecht zur Anwendung kommt. So hat der Gesetzgeber z. B. festgelegt, dass bei Umbauten von bestehenden Gaststätten diese den neuen Rechtsvorschriften angepasst werden (z. B. im Bereich der Sicherheitsstandards), damit diese heutigen Neubauten möglichst nahe kommen. Die Türen in der Gaststätte waren schon 1,20 m breit, so dass sich der Streit nur noch um 7 Schilder (Notausgänge) dreht.

Mit der jetzt existierenden Genehmigung hätte man in der Gaststätte bis zu 400 Personen unterbringen können (z. B. bei Faschingsveranstaltungen). Forderungen nach Behindertenfreundlichkeit wurden im Verfahren abgewogen.

Vors. Tollebeek stellt klar, dass hier keine Genehmigung aus Willkür verweigert wurde, keine Auflagen erteilt wurden, die üblicherweise nicht erteilt werden und dass sich der Ortsvorsteher im 2. Bauantragsverfahren nicht nur nicht eingemischt hat, sondern seine Beteiligung überhaupt kein Thema war. Auch eine Einflussnahme im Bereich der Feuerwehr kann ausgeschlossen werden.

Stv. Gerich fasst zusammen, dass durch die Verwaltung hinreichend klar gestellt wurde, dass der Ortsvorsteher keinen Einfluss in die Bauantragsverfahren genommen hat und die Verwaltung richtig gehandelt. Er fragt nach, wie man damit umgehen soll, dass sowohl der Ortsvorsteher als auch die Verwaltung in der Presse negativ dargestellt wurde. Er möchte für beide Parteien diese Negativdarstellung ausschließen bzw. gerade rücken.

Vors. Tollebeek sieht 3 Aspekte berührt. Es sei unglücklich gelaufen, dass so viel über die Dinge geredet wurde, ohne dass man von vorneherein miteinander geredet hätte.

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Er habe sich die Genehmigung und den Schriftverkehr dazu angeschaut und feststellen müssen, dass das Amtsdeutsch für einen Normalsterblichen schwer zu verstehen ist. So seien z. B. nicht alle Auflagen vollständig aufgeführt worden und er hätte nach dem 1. Bescheid auch gedacht, dass die Türen verbreitert werden müssten. Er geht davon aus, dass keine Verwaltung immer fehlerfrei handelt und sieht da auch nicht das Problem. Er möchte die Angelegenheit aber zum Anlass nehmen, dass über eine Verbesserung im Bereich von Bauanträgen/-genehmigungen nachgedacht wird.

Er stellt sich auch eine bessere Unterstützung/Beratung der Antragsteller beim Einreichen von Bauanträgen vor. Die Schriftstücke seien sicher juristisch korrekt abgefasst, aber einfach schwer verständlich. Er berichtet in diesem Zusammenhang über das Projekt „Klartext“, das die Stadtverordnetenversammlung vor einiger Zeit beschlossen hat.

Er weist aber auch darauf hin, dass über den Ortsbeirat Frauenstein, die Gespräche die dort geführt werden und eine politische Bewertung der Angelegenheit der Ausschuss nicht das richtige Gremium ist. Was aber ganz klar festgestellt werden kann, ist, dass es keine Einflussnahme von Seiten des Ortsvorstehers gegeben habe. Die Verwaltung (Frau Schupp und das Revisionsamt) haben mehr als 100 Arbeitsstunden aufgewandt, um die Vorgänge im Einzelnen zu beleuchten und zu überprüfen. Die Presseberichterstattung zu den Bauanträgen sei zumindest irreführend gewesen.

Er schlägt vor, eine Pressemitteilung über die Pressestelle der LHW herauszugeben, um die Angelegenheit zum Abschluss zu bringen und schlägt gleichzeitig vor, die Bauantragsstellung bürgerfreundlicher zu gestalten.

Herr Eltgen bestätigt, dass die Kritikpunkte bei ihm angekommen seien. Das Projekt „Klartext“ würde zurzeit aktiv umgesetzt. Er weist aber auch darauf hin, dass der Gesetzgeber bei Bauanträgen einen Entwurfsverfasser vorsieht (in der Regel Architekt), der eine entsprechende Ausbildung und technisches Verständnis mitbringen muss und die entsprechenden Bescheide auch lesen kann. Eine rechtliche Begründung sei immer notwendig und müsse auch entsprechend formuliert werden. Die Bauberatung sei mit 4 Stellen ausgestattet. Die Bauordnung sieht eine Bauberatung nur vor, wenn keine Genehmigung erteilt werden kann. Die Bauberatung ist außer Mittwoch an allen Werktagen möglich.

Vors. Tollebeek stellt klar, dass es sicher keine 100 %-Kundenzufriedenheit geben könne und er möchte seine Einlassungen auch nicht als Vorwurf verstanden wissen. Bei Bürgernähe könne aber immer noch ein bisschen zugelegt werden.

Einstimmig

0054 **08-A-19-0006**

Renovierung der Burg Sonnenberg
- aktueller Zeit- und Kostenplan -

Vors. Tollebeek berichtet darüber, dass ihn Bürger/innen angesprochen und den mangelnden Baufortschritt beklagt haben.

Herr Funk (Kulturamt) informiert den Ausschuss darüber, dass die Arbeiten an der Burg im Winter pausieren mussten. Die dort eingesetzten Firmen haben bei den niedrigen Temperaturen keine Gewährleistung für die Arbeiten übernommen. Die Arbeiten am Burggarten sind komplett abgeschlossen. Vor dem Frost konnte noch die Burgmauer gesichert werden. Das Gerüst am Bergfried steht noch, da dort die Arbeiten nicht beendet werden konnten. Für die Nordwestmauer läuft noch eine Voruntersuchung. Erst wenn die statischen Untersuchungen abgeschlossen sind (Anfang

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 11. März 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

April) und die Temperaturen entsprechend sind, kann weiter saniert werden. Wann diese Arbeiten endgültig erledigt sind, kann zurzeit noch nicht gesagt werden.

Die Arbeiten konnten in Teilbereichen bis Anfang November durchgeführt werden. Die Steinmetzfirma war mit 4 bis 5 Leuten vor Ort.

Der Bergfried wird vor der Sommerpause (Juni 09) fertig und im Juli 09 wird der Burgturm ohne Gerüst zu sehen sein.

Einstimmig

0055 08-F-25-0065

Flyer / Werbemittel der Stadt Wiesbaden

- gem. Antrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 20.05.2008 -

Stv. Gerich fragt nach, warum die Maßnahmen aus dem Kulturbereich nicht mit dem Bereich Stadtmarketing abgestimmt worden sein.

Herr Funk berichtet, dass die neuen Maßnahmen mit dem Stadtmarketing abgestimmt werden, im nachgefragten Zeitraum (2005) Stadtmarketing noch nicht konzipiert war.

Einstimmig

0056 08-F-01-0044

Sanierung Kuppeln Russische Kapelle; Mehrkosten - hier: Akteneinsicht

Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 22.04.2008

Vors. Tollebeek fasst das bisher Geschehene kurz zusammen.

Herr Zenzen berichtet, dass das extern angeforderte Rechtsgutachten wegen Überlastung der Kanzlei etwas hinten angestanden hat. Das Gutachten sei am 06.03.2009 beim Revisionsamt eingegangen. Es sei aber sehr unspezifisch. Die aufgetretenen Rückfragen von Dezernat VII und dem Revisionsamt hätten nicht geklärt werden können, da sich der Verfasser des Gutachtens im Urlaub befindet.

Vors. Tollebeek ist die Erklärung nicht ausreichend. Er schlägt vor, ein Schreiben an den OB und Dezernat VII zu verfassen und sich über den Umgang mit dem vom Revisionsausschuss angeforderten Gutachten zu beschweren. Der Revisionsausschuss kann Prüfaufträge direkt an das Revisionsamt vergeben (Ausnahme von der parlamentarischen Regel). Er weist darauf hin, dass es ursprünglich ein Gutachten des Rechtsamtes gegeben habe, das aber wegen verwaltungsinterner Differenzen dem Ausschuss nicht vorgelegt wurde.

Das jetzige Vorgehen hält er für unakzeptabel. Es könne nicht Aufgabe des Magistrats sein, zu prüfen, ob das Gutachten in Ordnung ist oder nicht. Es sei nicht tragbar, dass sich die Verwaltung anmaßt zu prüfen, was der Ausschuss sehen darf und was nicht. Nach über einem Jahr seit der Anfrage an das Rechtsamt ist es erforderlich, dass der Magistrat reagiert. Er akzeptiert auch keine Hinweise auf den Urlaub des Verfassers usw.

Er erwartet, dass bei der nächsten Sitzung das Gutachten vorliegt, sonst beauftragt der Ausschuss selber einen Gutachter.

Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 11. März 2009

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Gerade in Bezug auf mögliche Schadenersatzforderungen hat er größte Bedenken, da der Zeitablauf gegen eine Forderung arbeite. Wenn man keine Rechtsmittel einlegen könne, sei das leider so, aber im Moment könne ja überhaupt nicht beurteilt werden, ob dies möglich ist oder nicht. Aber eine Entscheidungsgrundlage muss vorgelegt werden.

Stv. Gaedeke fragt nach, ob hier Zensur betrieben werde.

Lt. Herrn Zenzen könne man von Zensur nicht reden. Das Gutachten sei aber nicht mit der notwendigen Sorgfalt erstellt worden. Das Gutachten berücksichtige manche Punkte gar nicht und sei an verschiedenen Punkten nachbesserungsbedürftig.

Vors. Tollebeek verweist erneut auf den langen zeitlichen Vorlauf und wird den Magistrat bitten, in der nächsten Sitzung persönlich anwesend zu sein und das Gutachten rechtzeitig vorher vorzulegen.

Einstimmig

0057 **08-V-40-0020**

Wilhelm-Heinrich-von-Riehl-Schule - Genehmigung der Gesamtkosten und Mittelfreigabe

Herr Römer (Schulamt) berichtet ausführlich über den Stand der Sanierung der Schule und die geplanten Maßnahmen. Es gäbe am Hauptstandort 3 Gebäudeteile, bei den beiden Neubauten unterscheidet man zwischen dem schulischen Bereich und dem Teil für die Bibliothek. Die Flachdächer seien bereits neu, die Holzfenster ausgetauscht. Im Moment aktuell sei die Sanierung im schulischen Teil. Im Erdgeschoss würden Fachklassen saniert, mit deren Nutzung bereits im Sommer 09 gerechnet werden könne.

Ab Sommer 09 würden die Metallfassaden erneuert.

Man sei im Wesentlichen im Zeitplan. Die Mensa sollte schon fertig sein; dies konnte allerdings nicht umgesetzt werden. Eine neue Vorlage sei in Vorbereitung, die u. a. die Maßnahmen der Stadtbibliothek umfasse.

Der Kostenplan werde auch eingehalten, wobei die Kosten für Mensa und Aula nicht geplant waren.

Herr Römer bestätigt auf Nachfrage von Stv. Gaedeke und Stv. Gerich, dass die Sanierungsmaßnahmen mit den Plänen, die zurzeit für die Sanierung im Bestand bestehen, konform gehen. Es habe auch Abstimmungsgespräche zwischen den Dezernentinnen Scholz und Thies gegeben.

Er hält auch weiteren Ausbau für möglich.

Stv. Gerich kritisiert die Äußerung in der Vorlage, dass bei Altbausanierungen mit Kostensteigerungen von ca. 30 % gerechnet werden müsse.

Herr Römer verweist darauf, dass das Hochbauamt hier sicher besser Auskunft erteilen könne, aber es ein zwei schrittiges Verfahren eingeführt worden - es gäbe zunächst ein Grundsatzvorlage - danach die Ausführungsvorlage. Bei der 2. Vorlage sei eine bessere Feinplanung möglich und die Abweichungen nicht mehr so groß.

Vors. Tollebeek hat Verständnis dafür, dass mit Kostenüberschreitungen gerechnet werden müsse, hält es aber für nicht für den richtigen Weg, zunächst eine Vorlage zu erstellen, die nicht alle Details berücksichtigt und dadurch die Kosten sehr niedrig ansetzt. Hat das Parlament dann den Grundsatzbeschluss gefasst, komme die Ausführungsvorlage mit ganz anderen Zahlen und erzeuge

Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 11. März 2009

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

dadurch einen gewissen Druck auf das Stadtparlament, da man ja der Grundsatzvorlage bereits zugestimmt habe. Man könne doch einer Maßnahme nicht zustimmen, wenn man gar nicht weiß, was an Kosten auf die Stadt zukomme. Er verweist auf die bevorstehenden Haushaltsplanberatungen und berichtet, dass oft über Cent-Beträge gestritten, aber Großprojekte einfach durch gewunken würden.

Der Ausschuss wird sich in der 1. Sitzung nach der Sommerpause 2010 erneut mit dem Fortgang bei der Schulsanierung beschäftigen.

Einstimmig

0058 **09-V-20-0012**

Investitionscontrolling 4. Quartal 2008

Es besteht Einigkeit darüber, dass Ausschussmitglieder, die Nachfragen zu einzelnen Punkte der Zusammenstellung haben, diese zukünftig vorab der Kämmerei mitteilen, die dann die Auskünfte zur Sitzung vorbereiten kann.

Einstimmig

0059 **09-V-20-0017**

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 31.12.2008 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

Stv. Reitz fragt zu Punkt 63 der Aufstellung nach, wofür der Betrag von 25.000 € ausgegeben wurde. Die Kämmerei wird die Information an die Geschäftsstelle weitergeben und von dort erfolgt die Weiterleitung an die Ausschussmitglieder.

Einstimmig

0060 **09-V-52-0002**

Sanierung des Kunstrasenplatzes Zehntenhof in Wiesbaden-Schierstein

Stv. Reiß berichtet, dass in den letzten Jahren Sportplätze mit steigendem Aufwand repariert wurden und jetzt eine Sanierung erfolgt.

Er möchte gern wissen, wie alt der Platz in Schierstein ist und wie lange ein Kunstrasenplatz durchschnittlich hält.

Die Geschäftsstelle wird den Punkt mit dem Fachbereich klären und die Ausschussmitglieder informieren.

Einstimmig

0061 **09-V-52-0003**

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Zusatzmaßnahmen Kellerskopfhalle

Stv. Reiß möchte wissen, wie Spannbetonbalken beim Aufhängen von Basketballkörben beschädigt werden konnten, bzw. wer für das Aufhängen der Körbe zuständig ist (Hausmeister, Handwerker?). Werden die Handwerker instruiert?

Vors. Tollebeek berichtet, dass die Maßnahme über die Verdingungskommission ausgeschrieben wurde. Ursprünglich habe das Hochbauamt für den Abriss plädiert.

Herr Emmel erklärt dazu, dass es beim Hochbauamt Gebäudemanager gäbe, die die Handwerker beaufsichtigen.

Einstimmig

0062 **08-V-66-0244**

Fußgängersicherung Kastellstraße, Wiesbaden-Mitte

Der Ausschuss erinnert erneut an die Vorlage der bereits in der letzten Sitzung angeforderten Prioritätenliste zu den einzelnen Maßnahmen der Fußgängersicherung.

Herr Dr. Bohr (Tiefbauamt) sagt die Vorlage der Liste für die Sitzung des Ausschusses am 29.04.09 zu.

Herr Specht berichtet, dass die für das Jahr 2009 vorgesehenen Maßnahmen, die nicht umgesetzt werden können, für den Doppelhaushalt angemeldet werden.

Vors. Tollebeek verweist noch einmal auf die Ausgabequote in Bezug auf den Haushaltsansatz und fragt nach, warum man nicht von vorneherein eine Liste mit Maßnahmen 1 bis 30 vorlegt und vorsieht, bei einem Überhang von Mitteln weitere Maßnahmen anzugehen.

Herr Dr. Bohr weist darauf hin, dass einige Maßnahmen nicht umsetzbar seien. Es gäbe z. B. in Tempo-30-Zonen Konflikte mit ESWE-Verkehr oder auch Ortsbeiräte, die Maßnahmen ablehnten.

Vors. Tollebeek erklärt, dass es das Sportamt verstanden habe, die Sanierung der Kunstrasenplätze entsprechend zu planen, so dass es keine Überraschungen mehr gäbe.

Einstimmig

0063 **09-V-66-0329**

Marktplatz - Infrastrukturmaßnahmen

Stv. Reiß wundert sich, dass jetzt Infrastrukturmaßnahmen damit begründet werden, dass der Platz neu- bzw. umgestaltet wird. Diese Maßnahmen würden nach seiner Meinung von vorneherein zu den üblichen Dingen gehören, die bei einer Nutzung für Feste usw. notwendig seien.

Auch Stv. Gerich ist nicht ganz erklärlich, warum man nicht von Anfang an daran gedacht habe, die für eine übliche Nutzung notwendigen Dinge zu installieren.

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Herr Dr. Bohr berichtet, dass man die Vorlage abgestimmt hätte, als der Bau schon begonnen worden war. Man habe Hinweise von Dezernat III auf Anschlüsse, die gut zu „verstecken“ seien und die genutzt werden können, wenn man sie braucht, aufgenommen. Eine Forderung vom Bereich Stadtmarketing war das nicht zwingend. Aber sinnvoller Weise sollten die Arbeiten zügig abgeschlossen werden. Dezernat IV hat die Finanzierung übernommen.

Stv. Gerich betont, dass er völlig für die Durchführung dieser Maßnahme sei, aber man könne doch auch vorher an solche Arbeiten denken und die notwendigen Arbeiten berücksichtigen.

Auch Stv. Gaedeke vermisst ein ganzheitliches Denken.

Einstimmig

0064 **08-V-51-0084**

Grundstücksankauf für den geplanten Neubau eines Kleinkinderhauses in Kostheim, St. Veiter Platz, für 4 Krippengruppen

Stv. Gericht fragt nach, ob der hier beauftragte Architekt Maul nicht derjenige sei, der das Büro vorher zusammen mit dem Partner Zeske betrieben habe und der eigentlich keine städtischen Aufträge mehr erhalten sollte.

Nach kurzer Diskussion stimmt der Ausschuss der Vorlage zu, wird aber Dezernat V anschreiben und um Mitteilung bitten, ob die Vergabe an das Architekturbüro zwingend notwendig sei.

Die SPD-Stadtverordnetenfraktion gibt zu Protokoll, dass sie Bedenken hat, das Architekturbüro mit der Planung der Maßnahme zu beauftragen.

Einstimmig

0065 **08-V-40-0058**

Kerschensteinerschule - Ausweitung der Maßnahmen; Genehmigung der Kosten und Mehrkosten Neubau -

Stv. Reiß bemängelt, dass hier wieder Mehrkosten entstehen, von denen man vorher hätte wissen können (z. B. Brandschutzmaßnahmen).

Vors. Tollebeek spricht von einem immer noch bestehenden Fehler im System. Eigentlich sollten durch die neu eingeführte Ausführungsvorlage zu Baumaßnahmen die üpl-Kosten reduziert werden. Er habe kein Verständnis dafür, wenn sich der Zeitplan ändere. Er geht davon aus, dass die Vorlagen noch einmal geändert werden müssen.

Man müsse die Abläufe noch einmal parlamentarisch bereden. Vielleicht gäbe es die Möglichkeit, die Erfahrungen anderer Städte heranzuziehen oder eine Arbeitsgruppe mit der Problemlösung zu beauftragen.

Einstimmig

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0066 Verschiedenes

Hierzu wird das Wort nicht gewünscht.

Einstimmig

nicht öffentliche Sitzung

0069 07-F-22-0002

Verkauf von Gebrauchtfahrzeugen
- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und FDP vom 04.06.2007 -

Herr Baum (Hauptamt) ist zu diesem Punkt anwesend. Er berichtet, dass dieses Thema bereits vor ca. 3 Jahren im Ausschuss besprochen wurde. Er erklärt, dass der Winterdienst in den östlichen Vororten historisch gewachsen sei. Ab der kommenden Saison werde der Winterdienst auf den Straßen an ELW weitergegeben. Danach wird es eine Entscheidung dahingehend geben, ob ELW den Winterdienst dauerhaft übernehmen soll. Die Fahrzeuge, die auf den 3 Bauhöfen zurzeit noch vorhanden sind, werden auch für die Zeit des Probetriebes entweder verkauft oder an ELW abgegeben.

Nach Aussage von Vors. Tollebeek werden Fahrzeuge, die an ELW abgegeben werden, sicher von dort aus verkauft. Entweder sollen die Fahrzeuge an ein anderes Amt oder eine städt. Gesellschaft oder über das sog. Staatsebay verkauft werden (wäre ihm am liebsten).

Stv. Reiß fragt nach, wieso jetzt von 3 Fahrzeugen die Rede ist, obwohl es im Ursprung um 2 Fahrzeuge für den Winterdienst ging. Warum schaffen wir jetzt 3 Pritschenfahrzeuge an, wenn die bisherigen Fahrzeuge nur für den Winter eingesetzt werden können.

Herr Baum erklärt, dass die Fahrzeuge nicht nur im Winter genutzt werden sollen. Die jetzt vorhandenen Fahrzeuge sind für den normalen Betrieb ungeeignet, sind überdimensioniert. Unimogs wären besser nutzbar gewesen. Die jetzt vorhandenen Fahrzeuge wurden auf Empfehlung von ELW angeschafft.

Vors. Tollebeek fragt nach, ob man bei dem Bedarf von ca. 30 % an einem Fahrzeug pro Bauhof nicht nur 1 Fahrzeug für alle Bauhöfe zusammen anschaffen könne.

Nach Aussagen von Herrn Baum geht dies leider nicht, da die Fahrzeuge zeitgleich auch zum Transport von Personal und Material in den verschiedenen Ortsbezirken eingesetzt werden müssen. Auch ein versetzter Personaleinsatz (Frage von Stv. Gerich) ist lt. Herrn Baum nicht machbar.

Vors. Tollebeek weist darauf hin, dass es kein Einsparungspotential bei dieser Vorgehensweise gäbe. Man habe zwar Verkäufe, aber gleichzeitig auch wieder 3 Neubeschaffungen, wobei diese neuen Fahrzeuge auch nicht voll ausgelastet sein werden.

Seite 13 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 11. März 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Herr Emmel (Kämmerei) gibt zu bedenken, dass ähnlich wie bei einem Gartenbautrieb keine sinnvolle Arbeitsgestaltung ohne verfügbares Fahrzeug möglich ist.

Stv. Maaß sieht das Problem darin, dass es unterschiedliche Standorte bei den Bauhöfen gibt. Wenn man die Fahrzeuge abschafft, kann man die Bauhöfe gleich schließen.

Der Ausschuss bittet den Magistrat, zur 2. Sitzung im Jahr 2010 einen Erfahrungsbericht sowohl zum durch ELW übernommenen Winterdienst als auch einen Bericht zum Auslastungsgrad der neu angeschafften Fahrzeuge vorzulegen.

Einstimmig

0070 07-F-07-0036

Bewirtschaftung der Erlebnismulde auf dem Neroberg
- Antrag der Bürgerliste Wiesbaden vom 29.08.2007 -

Frau Elnain (Amt für Grünflächen, Landwirtschaft und Forsten) ist zu diesem Punkt anwesend. Sie berichtet, dass der WIM-Liegenschaftsfonds beauftragt ist, sich der Problematik anzunehmen. Eine rechtliche Prüfung habe stattgefunden. Die Verträge seien verhandelbar. Dadurch ergäbe sich auch die Möglichkeit, z. B. die Toilettensituation auf dem Neroberg zu ändern.

Vors. Tollebeek geht davon aus, dass schon viel erreicht sei, wenn Neuverhandlungen bei der Verpachtung von Opelbad und Turm möglich sind.

Nach Auskunft von Herrn Emmel liegt das Opelbad allerdings im Zuständigkeitsbereich von mattiaqua.

Frau Elnain plädiert auch dafür, den Neroberg in seiner Gänze zu betrachten.

Vors. Tollebeek kann sich vorstellen, dass sich der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr auch um die Angelegenheit kümmert, wobei es schwierig sein dürfte, Zahlen von mattiaqua zu bekommen.

Auf Nachfrage von Stv. Reiß erklärt Frau Elnain, dass die Neuverhandlungen noch in diesem Jahr angedacht seien und Herr Schaab (WIM) nur auf ein Signal von Herrn Oberbürgermeister Dr. Müller warte.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, .04.2009

Vorsitzender

Schriftführer

weitere Schriftführerin

Tollebeek

Reitz

Koba